

## Europa, wie weiter?

Junge Menschen, die nach 1990 in Mittel- oder Westeuropa geboren wurden, sind heute Ende Zwanzig. Sie kennen das Gefühl nicht, verfeindete Nachbarländer oder gar einen Krieg in Europa fürchten zu müssen. Landesgrenzen bedeuten für sie, dass ihr Handy sich in ein neues Netz einwählt. Die Sprachen und Kulturen Europas verschmelzen in ihren Freundeskreisen und Lebensläufen. Doch nun könnten diese Errungenschaften zum Opfer von Populismus und Sicherheitsdenken werden.

Es ist paradox: Für viele Europäerinnen und Europäer ist die EU nichts anderes als »Bürokraten in Brüssel«, deren Handeln entweder keinen Bezug zu unserem Leben hat, oder – noch schlimmer – lästige Verordnungen produziert. Wir denken an Gurkenkrümmung, nicht an europäische Versöhnung. Das Friedensprojekt Europa, unser Garant für Frieden und Menschenrechte, verschwindet hinter Gleichgültigkeit oder pauschaler Ablehnung

der EU-Politik. Ein fruchtbarer Nährboden für nationalistische Populisten in London, Rom und Budapest.

Foto: dpa

### Offene Grenzen als Symbol der Unsicherheit?

Um es ganz klar zu sagen: Die Politik der EU-Institutionen ist alles andere als perfekt. Von Finanz- bis Fischereipolitik kann man ganze Bücher mit berechtigter Kritik füllen. Aus friedenspolitischer Sicht besonders besorgniserregend: In den vergangenen Jahren beobachten wir eine zunehmende »Versicherheitlichung« des öffentlichen Diskurses. Bedrohungsszenarien und Sicherheitsdenken dominieren in der Migrations- und Außenpolitik. »Die perverse Folge dieser argumentativen Wende liegt darin, dass die Europäer nun ihre frühere Haltung in Frage stellen«, analysiert der bulgarische Politologe Ivan Krastev in seinem Essay *Europadämmerung*. »Offene Grenzen gelten nicht mehr als Zeichen von Freiheit, sondern als Symbol von Unsicherheit.«

Nur so lässt es sich erklären, dass – von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet – im Entwurf des EU-Haushaltes 2021 bis 2027 gut zehnmal mehr Mittel für Rüstungsförderung vorgesehen sind, als für zivile Krisenprävention und Friedensförderung. Nachhaltige Entwicklung und Frieden haben keine Priorität mehr vor Migrationskontrolle, Stabilität und »neuen internationalen Initiativen«. Und erstmals wurde ein Fonds zur Finanzierung von Verteidigungsprojekten eingerichtet. Was ist aus der Friedensvision geworden, die seit den 1950er-Jahren Antrieb der europäischen Einigung war?

### Friedenspolitische Impulse für den Wahlkampf

Bei der Wahl zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019 können alle EU-Bürgerinnen und -Bürger mitbestimmen, in welche Richtung sich

die Politik der Europäischen Union in den kommenden Jahren entwickelt. Ohne Rüstung Leben will den Wahlkampf nicht Populismus und Sicherheitslogik überlassen, sondern friedenspolitischen Impulsen und Visionen eine Stimme geben. Deshalb haben wir gemeinsam mit sechs weiteren renommierten Friedensorganisationen den Aufruf »Rettet das Friedensprojekt Europa!« gestartet, dem sich mittlerweile 74 Institutionen, Organisationen und Hilfswerke angeschlossen haben. Unsere Vision: Nicht weniger Europa, sondern eine Europäische Union, die für Frieden und Menschenrechte eintritt – zu Hause und jenseits ihrer Grenzen.

Simon Bödecker

Alle unsere Informationen und Aktionen zur Europawahl finden Sie unter [www.ohne-ruestung-leben.de/europawahl2019](http://www.ohne-ruestung-leben.de/europawahl2019).

# Rettet das Friedensprojekt Europa!

## Aufruf an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments

Bis zur Europawahl am 26. Mai 2019 wollen wir die Unterschriften möglichst vieler Unterstützerinnen und Unterstützer für unseren gemeinsamen Auf-

ruf sammeln, um sie an das neu gewählte EU-Parlament zu übergeben. Unterzeichnen auch Sie und sammeln Sie weitere Unterschriften!

**Aufruf an das Europäische Parlament**

Setzen Sie sich für eine Europäische Union ein, die **bedingungslos für Frieden und Menschenrechte** eintritt.

Setzen Sie sich dafür ein, dass die Europäische Union am **Friedensprojekt Europa festhält** und nicht zur **Militärmacht** wird.

Ich fordere, dass die Europäische Union ihre Stärken als Vermittlerin in Konflikten und als Bündnis für Frieden durch Kooperation und Zusammenarbeit in der Welt ausbaut. Den Europäischen Verteidigungsfonds zur Förderung von Rüstungsprojekten lehne ich ab. Der Vertrag von Lissabon verbietet die Finanzierung von Rüstungsprojekten und Militär einsetzten aus dem Gemeinschaftshaushalt der Europäischen Union. Diese Grundsätze sollen die Abgeordneten des Europäischen Parlaments verteidigen und stärken.

Lassen Sie **nicht** zu, dass die Europäische Union **zur Abwehr von Flüchtenden und Migration Staaten aufrüstet**, die Krieg führen oder Menschenrechte verletzen.

Ich fordere, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten keine Gelder zur Aufrüstung der Armeen und Milizen von Drittstaaten einsetzen. Das Europäische Parlament muss sich gegenüber den Regierungen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union für die Verschärfung und strikte Einhaltung der europäischen Kriterien für Rüstungsexporte einsetzen.

**Stärken Sie die Mittel der Europäischen Union zur Förderung der gewaltfreien Konfliktbearbeitung und der Menschenrechte.** Ich fordere für den nächsten EU-Finanzrahmen (2021-2027) 7 Mrd. € für gewaltfreie Konfliktbearbeitung und Friedensförderung und 3 Mrd. € für die Förderung von Menschenrechten und Demokratie.

**www.rettetdasfriedensprojekt.eu**

**JA! Ich unterstütze den Aufruf!**

Für Frieden.  
Für Menschenrechte.  
Für Europa.

1	Vorname	Nachname	PLZ, Ort	Ja, informieren Sie mich regelmäßig über "Ohne Rüstung Leben"?
	Stafle, Hausnummer			
	E-Mail (wenn Sie auch per E-Mail informiert werden möchten)		Unterschrift*	
2	Vorname	Nachname	PLZ, Ort	Ja, informieren Sie mich regelmäßig über "Ohne Rüstung Leben"?
	Stafle, Hausnummer			
	E-Mail (wenn Sie auch per E-Mail informiert werden möchten)		Unterschrift*	
3	Vorname	Nachname	PLZ, Ort	Ja, informieren Sie mich regelmäßig über "Ohne Rüstung Leben"?
	Stafle, Hausnummer			
	E-Mail (wenn Sie auch per E-Mail informiert werden möchten)		Unterschrift*	
4	Vorname	Nachname	PLZ, Ort	Ja, informieren Sie mich regelmäßig über "Ohne Rüstung Leben"?
	Stafle, Hausnummer			
	E-Mail (wenn Sie auch per E-Mail informiert werden möchten)		Unterschrift*	

DU: 3.2019

\*Informationen zum Datenschutz: Mit Ihrer Unterschrift stimmen Sie zu, dass Ihre personenbezogenen Daten zur Durchführung der Kampagne verarbeitet und an Vertreter des EU-Parlament weitergegeben werden. Alle Informationen zum Datenschutz bei "Ohne Rüstung Leben" finden Sie unter [www.ohne-ruestung-leben.de/datenschutz](http://www.ohne-ruestung-leben.de/datenschutz)

**Bitte um Rücksendung bis 26.05.2019 an: Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart**

Weitere Listen können Sie kostenlos anfordern: Telefon 0711 608396 - E-Mail [orl-info@gaia.de](mailto:orl-info@gaia.de) - [www.ohne-ruestung-leben.de/indmachen](http://www.ohne-ruestung-leben.de/indmachen)

Wir möchten eine Europäische Union, die bedingungslos für Frieden und Menschenrechte eintritt. Deshalb rufen wir die Abgeordneten des Europäischen Parlaments auf:

- Setzen Sie sich dafür ein, dass die Europäische Union am Friedensprojekt Europa festhält und nicht zur Militärmacht wird.
- Lassen Sie nicht zu, dass die Europäische Union zur Abwehr von Flüchtenden und Migration Staaten aufrüstet, die Krieg führen oder Menschenrechte verletzen.
- Stärken Sie die Mittel der Europäischen Union zur Förderung der gewaltfreien Konfliktbearbeitung und der Menschenrechte.

Unterschriftenlisten erhalten Sie kostenlos bei der Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 608396, [orl-info@gaia.de](mailto:orl-info@gaia.de).

Diese Aktion finden Sie auch unter [www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen](http://www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen).

# »Die Mehrheit wünscht sich eine solidarische EU«

Interview mit Oliver Knabe



Im Jahr 1996 nahm die Idee einer professionellen, internationalen Friedensarbeit Form an. Mehrere Organisationen, darunter Ohne Rüstung Leben, gründeten dazu das Forum Ziviler Friedensdienst, kurz: forumZFD. Was haben die ersten zwanzig Jahre Ziviler Friedensdienst bewirkt? Und warum hat das forumZFD nun ein Bündnis ins Leben gerufen, aus dem unser gemeinsamer Aufruf »Rettet das Friedensprojekt Europa!« entstand? Darüber sprachen wir im Interview mit Oliver Knabe, dem Vorstandsvorsitzenden des forumZFD.

*Lieber Oliver, das forumZFD unterstützt »Menschen in gewaltsamen Konflikten auf dem Weg zum Frieden«. Warum bringt ihr euch in den Wahlkampf zum Europaparlament ein?*

Mit der Europawahl 2019 und dem neuen mehrjährigen Finanzrahmen der EU für die Jahre 2021 bis 2027 werden jetzt bis weit in das kommende Jahrzehnt die Weichen für Europa gestellt. Die Mitgliedsstaaten treiben mit Macht die militärische Zusammenarbeit voran und investieren in die Abschottung der Außengrenzen. Der gewachsene Populismus und der Austritt Großbritanniens verändern die Union von innen. Wir wollen die Grundidee der Union, wie sie der Vertrag von Lissabon so klar formuliert, wieder in Erinnerung rufen: Das Ziel der Union ist, den Frieden zu fördern!

*Das sind beunruhigende Entwicklungen, die du beschreibst. Worauf genau bezieht sich eure Kritik an der EU-Politik?*

Wir beobachten, dass die Abwehr von Flüchtenden und Migration zum alles bestimmenden Paradigma der europäischen Politik zu werden droht. So will die EU künftig mit einer sogenannten »Friedensfazilität« die Aufrüstung und Ausbildung der Armeen von Drittstaaten und gemeinsame Militäreinsätze finanzieren, zum Beispiel im Niger oder in Mali. Der Name ist blanker Hohn. Statt Frieden zu fördern, bergen diese Programme das Risiko, Gewalt noch anzuheizen. Im November 2018 erst berichtete der *Spiegel*, dass von der EU finanzierte Einsatztruppen in Mali massive Menschenrechtsverletzungen begangen haben. Kritik an der Fazilität kommt übrigens nicht nur von uns, sondern auch vom deutschen Friedensgutachten 2018 und sogar vom Europäischen Rechnungshof.

Die Förderung des Friedens und der Menschenrechte soll im nächsten Finanzrahmen hingegen eingeschränkt werden. Viele zivilgesellschaftliche Organisationen sind jedoch mehr denn je auf diese Unterstützung angewiesen. Denn die Zahl der gewaltsamen Konflikte steigt wieder an, die Menschenrechte und ihre Verteidigerinnen und Verteidiger geraten in vielen Ländern unter Druck.

Oliver Knabe  
Foto: forumZFD



Erasmus-Studierende aus verschiedenen Ländern bei einer Kulturveranstaltung in Rom

EU-Außengrenze in Ungarn  
Fotos: dpa

*Erzähle uns von eurer Vision für Europa: Wenn sie ihrer Grundidee folgt, wo könnte die EU in einigen Jahren stehen?*

Die Mehrheit in Europa wünscht sich eine demokratische und solidarische Europäische Union. Meine Vision ist, dass es uns gelingt, in der aktuellen Krise die EU als Friedensprojekt mit Zukunft neu zu erfinden: Sie gewährt ihren Bürgerinnen und Bürgern gleiche politische und soziale Rechte und Waffenexporte in Kriegsgebiete gehören der Vergangenheit an. Stattdessen setzt die EU konsequent und partnerschaftlich die globalen Nachhaltigkeitsziele um und bleibt eine der wichtigsten finanziellen und politischen Unterstützerinnen von gewaltfreier Konfliktbearbeitung und Menschenrechten weltweit.

*Das forumZFD wurde 1996 gegründet. Welche Aufgaben und Ziele verfolgt ihr heute?*

1996 war unser Ziel, die Idee eines Zivilen Friedensdienstes Wirklichkeit werden zu lassen. Das ist uns weitgehend gelungen. Doch das dahinter liegende Anliegen ist nach wie vor aktuell: den Einsatz von Waffen und andere Formen von kollektiver Gewalt zurückzudrängen und durch gewaltfreies Handeln zu ersetzen. Daran arbeiten wir heute zum Beispiel in der Ukraine, im Libanon und auf den Philippinen. Darüber hinaus bilden wir Fachkräfte für internationale Friedensarbeit aus. Wir bringen unser Wissen und unsere Erfahrung in Konfliktberatung in deutschen Kommunen ein. Und wir zielen darauf ab, über Kampagnen gesellschaftlichen Rückhalt für friedenspolitische Anliegen zu schaffen.



*Gibt es einen Erfolg eurer Arbeit auf den du besonders stolz bist?*

Im November 2019 ist es 20 Jahre her, dass wir die ersten Friedensfachkräfte in ihre Einsätze verabschiedet haben. Heute ist der Zivile Friedensdienst weithin anerkannt. Niemand kann mehr sagen, gewaltfreie Konfliktbearbeitung sei eine Utopie. Wir können auf eine Fülle von Ländern und Projekten verweisen, in denen der Zivile Friedensdienst zu Frieden beigetragen hat. Besonders wichtig sind mir die Rückmeldungen der Menschen, mit denen wir in Konfliktregionen zusammenarbeiten. Und aktuell freuen wir uns natürlich außerordentlich, dass unsere gemeinsame Kampagne »Rettet das Friedensprojekt Europa!« ein so positives Echo findet.

*Da können wir uns nur anschließen. Vielen Dank für diese interessanten Einblicke.*

Die Fragen stellte **Simon Bödecker**

[www.forumzfd.de](http://www.forumzfd.de)

Das forumZFD hat weitere Informationen zum Aufruf »Rettet das Friedensprojekt Europa!« unter [www.rettetdasfriedensprojekt.eu](http://www.rettetdasfriedensprojekt.eu) zusammengestellt.



# Friedenspolitische Wahlprüfsteine zur Europawahl 2019

## Fragen Sie die Kandidatinnen und Kandidaten

Wie denken die Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl zum Europaparlament über Friedenthemen? Was planen sie zu Rüstungsexporten, atomarer Abrüstung und Friedenssicherung? Mit unseren vorbereiteten Wahlprüfsteinen können Sie nachfragen und die Antworten in Ihre Wahlentscheidung einfließen lassen.

### Wahlprüfsteine »Rüstungsexporte abwählen«

Im Bereich Rüstungsexporte kann das Europäische Parlament Ideen und Appelle einbringen, um damit mittelfristig Veränderungen anzustoßen. Die tatsächliche Ausgestaltung der Rüstungsexportpolitik fällt jedoch in den Kompetenzbereich der Mitgliedsstaaten. Deshalb setzt sich die »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« seit 2011 in Deutschland für ein grundsätzliches Rüstungsexportverbot ein. Wir beobachten jedoch, dass Rüstungskonzerne mit ihren Geschäften vor Landesgrenzen nicht Halt machen. Um zu verhindern, dass deutsche Rüstungsunternehmen in die EU-Länder ausweichen, in denen die europäischen Kriterien am laxesten ausgelegt werden, fordern wir als einen ersten Schritt eine Verschärfung sowie konsequente und einheitlich restriktive Umsetzung der Kriterien des für alle EU-Staaten verbindlichen *Gemeinsamen Standpunktes der EU zur Kontrolle von Rüstungsexporten*.

**Rüstungsexporte abwählen!**  
Wahlprüfsteine zur Europawahl 2019

Sehr geehrte Wählerin, sehr geehrter Wähler, in den letzten Jahren gingen über 80 Prozent der Rüstungsexportgenehmigungen aller EU-Mitgliedsstaaten an Länder außerhalb der EU. Waffen aus der EU kommen in Kriegs- und Krisenregionen zum Einsatz. Im Jemen-Krieg, der derzeit weltweit größten humanitären Katastrophe, werden deutsche Kleinwaffen eingesetzt und es fallen Bomben einer italienischen Tochter des Rüstungskonzerns Rheinmetall. Für Bombardierungen stehen dem saudischen Königreich Eurofighter und Tornados zur Verfügung – bei den Flugzeugtypen, die von Rüstungsunternehmen in EU-Mitgliedsstaaten gemeinsam gebaut werden. Die Luftangriffe des von Saudi-Arabien angeführten Militärbündnisses sind eine Hauptursache für die Opfer unter der Zivilbevölkerung.

All das geschieht, obwohl auf Ebene der EU ein rechtlich verbindlicher *Gemeinsamer Standpunkt* existiert, dessen acht Kriterien bei der Genehmigung von Rüstungsexporten berücksichtigt werden müssen. Darunter beispielsweise Kriterium 2 »Achtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts durch das Endverbraucherland« in seiner *Einführung* zur Umsetzung des *Gemeinsamen Standpunktes* vor dem Europäischen Parlament im Jahr 2008 die Ansicht, »dass Ausfuhren nach Saudi-Arabien, in die Vereinigten Arabischen Emirate und an andere Mitglieder der von Saudi-Arabien geführten Koalition zumindest das Kriterium 2 verletzen«. Obwohl diese Kriterien für alle EU-Mitgliedsstaaten gelten, werden sie nicht von allen gleichermaßen befolgt. Dies ist möglich, da keine Kontroll- und Sanktionsmöglichkeit der Umsetzung auf europäischer Ebene besteht.

Dem Europäischen Parlament kommt im Bereich Rüstungsexporte eine die Entwicklungen begleitende und anpassende Funktion zu. Es kann Ideen und Appelle einbringen, um damit mittelfristig Veränderungen anzustoßen. Die tatsächliche Ausgestaltung der Rüstungsexportpolitik fällt in den Kompetenzbereich der jeweiligen Mitgliedsstaaten. Deshalb setzt sich die »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« seit 2011 in Deutschland für ein grundsätzliches Rüstungsexportverbot ein. Wir beobachten jedoch, dass Rüstungskonzerne mit ihren Geschäften vor Landesgrenzen nicht Halt machen. Um zu verhindern, dass deutsche Rüstungsunternehmen dorthin ausweichen, wo die europäischen Kriterien am laxesten ausgelegt werden, besteht konkreter Veränderungsbedarf. Als ersten Schritt fordern wir eine Verschärfung sowie konsequente und einheitlich restriktive Umsetzung der europäischen Kriterien.

Die Wahlprüfsteine 2019 der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« finden Sie auf der Rückseite.

**Den Opfern Stimme – den Tätern Name und Gesicht**  
[www.aufschrei-waffenhandel.de](http://www.aufschrei-waffenhandel.de)

Bestellen Sie die Wahlprüfsteine der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« (DIN A4, 2 Seiten) zum Verteilen und Mitnehmen zu Wahlkampfveranstaltungen! Die Wahlprüfsteine erhalten Sie kostenlos bei der Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 608396, orl-info@gaia.de und unter [www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen](http://www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen).

Fragen Sie daher die Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl zum Europaparlament 2019 im persönlichen Gespräch, auf Wahlveranstaltungen oder schriftlich mit Bitte um Stellungnahme:

- 1 Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl im Europäischen Parlament und gegenüber der deutschen Bundesregierung für ein grundsätzliches Rüstungsexportverbot einsetzen?
- 2 Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für eine Verschärfung der europäischen Kriterien für den Rüstungsexport und – angesichts der besonders hohen Opferzahlen durch Kleinwaffen – für ein Exportverbot von Kleinwaffen und zugehöriger Munition einsetzen?
- 3 Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein EU-Waffenembargo gegenüber den im Jemen-Krieg involvierten Staaten einsetzen?

- 4 Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl auf EU-Ebene für mehr Transparenz und eine vertiefte Berichtspflicht für die Mitgliedsstaaten einsetzen, die Begründungen für besonders strittige Rüstungsexporte einschließt?
- 5 Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein europäisches Aufsichtsgremium einsetzen, welches die konsequente und einheitlich restriktive Umsetzung der Kriterien des *Gemeinsamen Standpunktes* durch die Mitgliedsstaaten überwacht?
- 6 Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für die völkerrechtliche Ächtung von autonomen Waffensystemen einsetzen und eine Finanzierung der Entwicklung und Erforschung solcher Systeme durch Gelder des Europäischen Verteidigungsfonds ablehnen?

## Wahlprüfsteine »Atomwaffen abschaffen«

Für Fragen der atomaren Bewaffnung liegt die Entscheidungskompetenz bei den nationalen Regierungen. Dennoch kann das Europaparlament mit Empfehlungen und Appellen auf die politische Agenda einwirken. So hat es beispielsweise 2016 alle Mitgliedsstaaten aufgerufen, ein weltweites Atomwaffenverbot zu unterstützen. In einer Zeit, in der atomare Aufrüstung und sogar die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen wieder ernsthaft in Erwägung gezogen werden, ist es dringend notwendig, dass sich die EU-Parlamentarierinnen und -Parlamentarier klar für ein atomwaffenfreies Europa und das Verbot aller Atomwaffen aussprechen.

Fragen Sie daher die Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl zum Europaparlament 2019 im persönlichen Gespräch, auf Wahlveranstaltungen oder schriftlich mit Bitte um Stellungnahme:

- 1** Werden Sie sich im Rahmen Ihres Mandates dafür einsetzen, dass sich die Europäische Union (auch nach einer Kündigung des INF-Vertrages) gegen jede Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen auf dem Boden ihrer Mitgliedsstaaten ausspricht?
- 2** Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für die komplette Abrüstung bzw. den Abzug aller Atomwaffen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union engagieren? Derzeit sind dies Belgien, Deutschland, Frankreich, [Großbritannien], Italien und die Niederlande.
- 3** Werden Sie sich im Rahmen Ihres Mandates dafür einsetzen, dass die Europäische Union eindeutig Position für ein völkerrechtliches Verbot aller nuklearen Waffen bezieht und den Regierungen ihrer Mitgliedsstaaten empfiehlt, den UN-Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen?

Die Wahlprüfsteine »Rüstungsexporte abwählen« werden von der Kampagne gegen Rüstungsexport in Kooperation mit der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« herausgegeben. Die Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben wird finanziell mit Mitteln des evangelischen Kirchlichen Entwicklungsdienstes gefördert.

Informationen zu friedenspolitischen Inhalten in den Wahlprogrammen der Parteien und alle Aktionen von Ohne Rüstung Leben zur Europawahl 2019 finden Sie unter [www.ohne-ruestung-leben.de/europawahl2019](http://www.ohne-ruestung-leben.de/europawahl2019).



## Wahlprüfsteine »Frieden entwickeln«

Sie können die Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl zum Europaparlament auch fragen, ob sie unsere Forderungen aus dem Aufruf »Rettet das Friedensprojekt Europa!« unterstützen. Nutzen Sie dazu die folgenden Fragen:

- 1** Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass die Europäische Union am Friedensprojekt Europa festhält und nicht zur Militärmacht wird? Das bedeutet, die Rolle der Europäischen Union als Vermittlerin durch Kooperation und Zusammenarbeit in der Welt auszubauen und eine Finanzierung von Rüstungsprojekten und Militäreinsätzen durch die Europäische Union abzulehnen.
- 2** Werden Sie sich im Rahmen Ihres Mandates klar dagegen aussprechen, dass die Europäische Union zur Abwehr von Flüchtenden und Migration Staaten aufrüstet, die Krieg führen oder Menschenrechte verletzen?
- 3** Werden Sie im Falle Ihrer Wahl für eine deutliche Stärkung der Mittel der Europäischen Union zur Förderung der gewaltfreien Konfliktbearbeitung sowie von Frieden, Menschenrechten und Demokratie eintreten?

© und Bezug: Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 608396, Fax 0711 608357, E-Mail [orl-info@gaia.de](mailto:orl-info@gaia.de), [www.ohne-ruestung-leben.de](http://www.ohne-ruestung-leben.de).  
Spenden: Ohne Rüstung Leben, Evangelische Bank, IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41, BIC GENODEF1EK1, [www.ohne-ruestung-leben.de/spenden](http://www.ohne-ruestung-leben.de/spenden).

## GKKE fordert restriktive europäische Rüstungsexportkontrolle

Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) zieht eine ernüchternde erste Bilanz zur Rüstungsexportpolitik der neuen schwarz-roten Regierung. »Entgegen aller Ankündigungen ist nicht zu erkennen, dass die Bundesregierung dem Ernst der rüstungsexportpolitischen Fragen gerecht wird. Die noch für 2018 angekündigte Verschärfung der Rüstungsexportrichtlinien ist nicht in Sicht«, so Prälat Dr. Karl Jüsten, der katholische GKKE-Vorsitzende. Im Folgenden dokumentieren wir Kernaussagen aus dem Rüstungsexportbericht 2018 der GKKE.

### Export an Drittstaaten weiterhin die Regel

Mit einem Wert von 6,242 Milliarden Euro sind die deutschen Einzelausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr

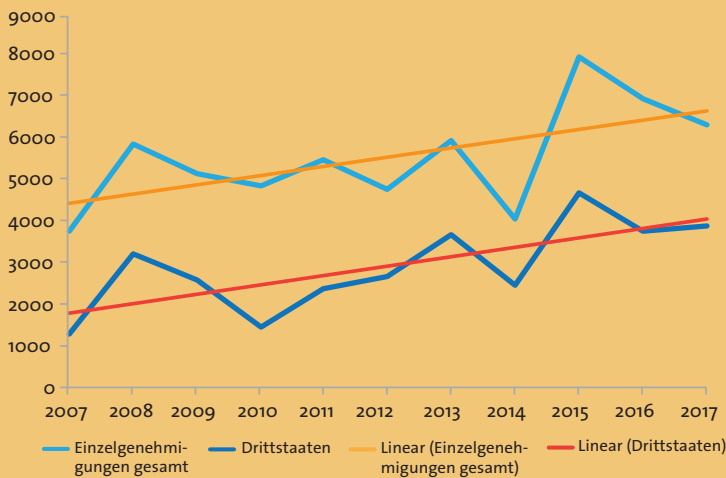
um knapp 9 Prozent zurückgegangen. Damit sind die Genehmigungswerte für Einzelausfuhren zwar zum zweiten Mal in Folge gesunken; in den drei Jahren von 2015 bis 2017 waren jedoch immer noch die drei höchsten Werte seit Beginn der öffentlichen Berichterstattung über Rüstungsexporte zu verzeichnen.

Mit einem Anteil von rund 61 Prozent ging im Jahr 2017 weit über die Hälfte aller Einzelausfuhrgenehmigungen an Länder, die weder der EU noch der NATO angehören. Die beiden Hauptempfänger genehmigter Rüstungsexporte – Algerien und Ägypten – sind solche Drittstaaten. Rüstungsexporte wurden an 52 Staaten genehmigt, deren Menschenrechtssituation als »sehr schlecht« eingestuft wird. Die GKKE stellt abermals fest, »dass der Export an Drittstaaten mittlerweile zur Regel geworden ist«.

Prälat Dr. Karl Jüsten,  
Prälat Dr. Martin  
Dutzmann und  
Dr. Max Mutschler  
bei der Bundes-  
pressekonferenz  
in Berlin  
Foto: dpa



Entwicklung der Werte der Einzelgenehmigungen von 2007 bis 2017  
(in Mio. Euro)



Quelle: Rüstungsexportbericht 2018 der GKKE

### Exporte in den Jemen-Krieg stoppen

Rüstungsexporte an die Jemen-Kriegs-Koalition, insbesondere an Saudi-Arabien, verurteilt die GKKE aufs Schärfste. Zwischen 2015 und 2017 erteilte die frühere Bundesregierung Genehmigungen für Rüstungsexporte im Wert von über 2,6 Milliarden Euro an Saudi Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Ägypten – Länder, die an Luftschlägen beziehungsweise an der Seeblockade des Jemen beteiligt sind. Die neue Bundesregierung erteilte seit ihrer Vereidigung im März 2018 bis zum 23. September 2018 insgesamt 87 Genehmigungen für Lieferungen an Länder der Jemen-Kriegs-Koalition. Durch diese Rüstungsexporte trage die Bundesregierung zur humanitären Katastrophe im Jemen bei und unterstütze den Bruch des Völkerrechts. Mit einem kurzfristigen Rüstungsexportstopp, wie er nach der Ermordung des Journalisten Jamal Khashoggi gegenüber Saudi-Arabien verhängt wurde, sei es nicht getan. Die GKKE fordert die Bundesregierung auf, alle Rüstungsexporte an Staaten der Jemen-Kriegs-Koalition ausnahmslos zu untersagen und bereits erteilte Genehmigungen unverzüglich zu widerrufen.

### Scharfe Kritik an der Rheinmetall AG

Besondere Beachtung schenkt die GKKE der Geschäftspraxis der Rheinmetall AG. Über Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen im Ausland kann der Konzern Munition in Krisengebiete liefern, ohne dafür eine Genehmigung aus Deutschland zu benötigen. Durch die Verlagerung ihrer Munitions

herstellung ins Ausland und die Belieferung von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten mit Munition trage der Konzern eine Mitverantwortung für die Zerstörungen im Jemen und den Tod vieler Menschen. Die GKKE appelliert an die Bundesregierung, bestehende Regelungslücken im Ausfuhrrecht endlich zu schließen.

### Restriktive EU-Rüstungsexportpolitik gefordert

Im Koalitionsvertrag kündigten Union und SPD an, eine gemeinsame europäische Rüstungsexportpolitik anzustreben und den verbindlichen *Gemeinsamen Standpunkt der EU zur Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern* fortzuentwickeln. Die GKKE bestätigt, dass die Bundesregierung sich für eine kohärente Rüstungsexportpolitik der EU-Mitgliedsstaaten einsetzen müsse; aber »nicht durch die Absenkung eigener Standards, sondern durch eine Stärkung der bestehenden Regelungen des *Gemeinsamen Standpunkts*«. Vor dem Hintergrund eines zunehmend zusammenwachsenden europäischen Rüstungsmarktes besteht die Gefahr, dass Rüstungsunternehmen die Endfertigung von Waffensystemen in diejenigen Staaten verlagern, in denen sie den geringsten Widerstand gegenüber strittigen Rüstungsexporten erwarten. Daher gilt es, auf europäischer Ebene Entscheidungs- und Kontrollmechanismen zu schaffen, die das verhindern. Die GKKE spricht sich für die Einrichtung eines europäischen Aufsichtsgremiums für die Überwachung der Rüstungsexporte aller EU-Mitgliedsstaaten aus.

Redaktion: Charlotte Kehne, Januar 2019

- Der Rüstungsexportbericht 2018 der GKKE steht als PDF-Datei unter [www3.gkke.org/81.html](http://www3.gkke.org/81.html) zur Verfügung.
- Die gedruckte Broschüre (DIN A5, 130 Seiten) kann – solange der Vorrat reicht – kostenlos bei der Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben angefordert werden.

Die Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben wird finanziell mit Mitteln des evangelischen Kirchlichen Entwicklungsdienstes gefördert.

In der Reihe »kompakt« veröffentlichen wir Kurzbeiträge zu aktuellen friedenspolitischen Themen.

© und Bezug: Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 608396, Fax 0711 608357, E-Mail [orl-info@gaia.de](mailto:orl-info@gaia.de), [www.ohne-ruestung-leben.de](http://www.ohne-ruestung-leben.de).

Spenden: Ohne Rüstung Leben, Evangelische Bank, IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41, BIC GENODEF1EK1, [www.ohne-ruestung-leben.de/spenden](http://www.ohne-ruestung-leben.de/spenden).



# Kleinwaffenhersteller vor Gericht

Nach Strafanzeigen durch die Sprecher der »Aktion Aufschrei«

Erstmals müssen sich zwei der bekanntesten deutschen Kleinwaffenhersteller wegen mutmaßlich illegaler Waffenexporte vor Gericht verantworten. Während im Heckler & Koch-Prozess in Stuttgart nach fast einem Jahr das Urteil erwartet wird, beginnt in Kiel die Verhandlung gegen Manager der Firma Sig Sauer.

## Urteil im Heckler & Koch-Prozess erwartet

Die vermeintliche Schlussphase des Heckler & Koch-Prozesses hielt noch einmal eine Überraschung bereit. Sechs Monate nach Verhandlungsbeginn tauchten weitere Akten auf – tausende E-Mails und zwei Aktenordner galt es zu sichten. Ob Schlampereien bei den Ermittlungen zu dieser Panne geführt haben, blieb unklar. Die Folge war eine deutliche Verlängerung des Prozesses; das Urteil ist nun für den 21. Februar 2019 angekündigt. Dann wird feststehen, ob ehemalige Mitarbeitende des Waffenherstellers dafür verantwortlich sind, dass G 36-Sturmgewehre in mexikanische Pro-

vinzen gelangten, für die keine Genehmigungen vorlagen. Gemeinsam mit Partnerorganisationen hat Ohne Rüstung Leben begleitend zum Prozess mehrere Diskussions- und Protestveranstaltungen organisiert. Auch das Urteil und seine Folgen für die deutsche Rüstungsexportpolitik werden wir im Rahmen einer Podiumsdiskussion im Frühjahr 2019 erörtern. Schon im Prozess drängte sich immer wieder der Eindruck auf, die Endverbleibserklärungen – ein Kernelement der deutschen Rüstungsexportkontrolle – seien das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben sind.

## Sig Sauer-Prozess beginnt

Seit der Strafanzeige durch die Sprecher der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« im Jahr 2014 wurde auch zu Exporten des Kleinwaffenherstellers Sig Sauer aus Eckernförde ermittelt. Am 26. Februar 2019 soll nun in Kiel der Prozess beginnen. Es geht um mehr als 30.000 in Deutschland produzierte Pistolen, die über eine US-amerikanische Tochter der

L&O Sig Sauer Verwaltungs-GmbH unerlaubt in das Bürgerkriegsland Kolumbien weiterexportiert worden sein sollen.

Der Fall Sig Sauer zeigt: Nicht zuletzt dank der jahrzehntelangen Arbeit friedenspolitischer Nichtregierungsorganisationen wurden in Deutschland Grundsätze eingeführt, die den Kleinwaffenexport besonders streng kontrollieren sollen. Doch Kleinwaffenhersteller suchen Möglichkeiten, diesen Kontrollen aus dem Weg zu gehen: zum Beispiel durch Weiterexport über andere Länder oder die Verlagerung der Produktion an Tochterfirmen im rüstungsexportfreundlicheren Ausland.

Die laufenden Prozesse geben uns eine gute und wichtige Gelegenheit, das Licht der Öffentlichkeit abermals auf diese besorgniserregenden Entwicklungen zu lenken.

## Charlotte Kehne

Aktuelle Berichte zu beiden Gerichtsprozessen finden Sie regelmäßig unter [www.ohne-ruestung-leben.de/](http://www.ohne-ruestung-leben.de/) nachrichten.

Anzeigerstatter  
Jürgen Grässlin,  
Charlotte Kehne und  
Rechtsanwalt Holger  
Rothbauer am ersten  
Tag des Heckler &  
Koch-Prozesses  
Foto: Simon Bödecker

## Bundesweiter Aktionstag am 26. Februar 2019

Am 26. Februar 2019 findet der bundesweite Aktionstag der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« statt. Anlässlich des ersten Verhandlungstages im Sig Sauer-Prozess in Kiel werden wir ein Kleinwaffenexportverbot fordern. Gleich-

zeitig ist eine Aktion vor dem Reichstag in Berlin geplant, mit der wir unserer Forderung nach einer Klärstellung von Artikel 26, Absatz 2 des Grundgesetzes Nachdruck verleihen.

[www.aufschrei-waffenhandel.de](http://www.aufschrei-waffenhandel.de)





Von links: Roland Blach (»atomwaffenfrei.jetzt«), Alexander Lisenkov (Botschaft der Russischen Föderation), Wolfgang Schlupp-Hauck (Friedenswerkstatt Mutlangen) und Simon Bödecker (Ohne Rüstung Leben) in der Russischen Botschaft  
Foto: Anne Balzer (ICAN)

# Zurück an den Verhandlungstisch!

## INF-Vertrag: Nur nukleare Abrüstung schafft Sicherheit



Es ist der 8. Dezember 1987. Nach jahrelangen Verhandlungen unterzeichnen KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow und US-Präsident Ronald Reagan den INF-Vertrag. Darin verpflichten sie sich, alle landgestützte Raketen mit einer Reichweite von 500 bis 5.500 km zu vernichten und schaffen so die Vertrauensbasis für weitere Abkommen und das Ende des Kalten Krieges. Der Rest ist Geschichte.

Aus Geschichte zu lernen, ist derzeit jedoch nicht en vogue. Und so gab US-Präsident Donald Trump knapp einunddreißig Jahre später eher beiläufig bekannt, den INF-Vertrag zu kündigen. Bereits seit einiger Zeit kritisieren die USA, Russlands Marschflugkörper 9M729 für das Iskander-System verletze mit einer Reichweite von mehr als 800 km die Vertragskriterien. Der russische Präsident Wladimir Putin entgegnet, das (in Rumänien und bald auch in Polen) stationierte US-Raketenabwehrsystem Aegis Ashore sei eine nicht mit dem INF-Vertrag vereinbare Bedrohung.

### Rückkehr zu altem Blockdenken

»Auch wenn es aktuell keine öffentlich zugänglichen Beweise für einen Vertragsbruch gibt, ist klar, dass beide Länder gegen den Geist des INF-Vertrages verstoßen«, sagt Dr. Alex Rosen von den Ärzten für die

Verhütung des Atomkrieges (IPPNW). Doch anstatt ein zeitgemäßes Nachfolgeabkommen auszuhandeln, das insbesondere China mit einschließen müsste, verfallen die Atommächte in altes Blockdenken und verbale Zuspitzungen. Für konstruktive Verhandlungen sind die Positionen zu unvereinbar und weder Russland noch die USA bislang bereit, den ersten Schritt zu gehen. Über all dem schwebt der hartnäckige Verdacht, dass manch einer gar nicht so unglücklich ist, den Abrüstungsvertrag endlich los zu werden. Ein fataler Rückschritt.

### Atomare Nachrüstung nicht hinnehmbar

Der Morgen des 18. Januar 2019 kann eine gewisse Symbolik nicht verhehlen: Es ist kalt! Die Zeitungen schreiben, wenn Russland nicht einlenke, fühlten sich die USA »ab dem 2. Februar nicht mehr an den INF-Vertrag gebunden«. Bundesaußenminister Maaß ist als Vermittler unterwegs auf schwerer Mission nach Moskau. In Berlin sind Vertreterinnen und Vertreter der Kampagne »atomwaffenfrei.jetzt«, der Friedenswerkstatt Mutlangen, von ICAN Deutschland und von Ohne Rüstung Leben auf dem Weg ins Regierungsviertel, um nach ihren gemeinsamen Postkartenaktionen und Offenen Briefen weiter für einen Erhalt des INF-Vertrages zu werben.

Sie haben klare Forderungen an die Regierungen in Washington, Moskau und Berlin dabei: Die Zivilgesellschaft erwartet ernsthafte Verhandlungen, mit dem Ziel, gegenseitige Vorwürfe zu klären und die internationale Rüstungskontrollarchitektur zu retten. Denn ein nukleares Wettrüsten oder gar neue Mittelstreckenraketen in Europa wären nicht hinnehmbar! Bei ausführlichen Gesprächen mit dem Referatsleiter für Nichtverbreitung und Nukleare Abrüstung im Auswärtigen Amt und Vertretern für Außenpolitik in der Botschaft der Russischen Föderation können sie sich zudem ein Bild von den verschiedenen Argumenten und Positionen machen.

### Schlechtes Klima für Abrüstung

Den Diplomaten der USA müssen die Forderungen leider schriftlich zugehen. Zwar hatte die US-Botschaft mit einem Antwortschreiben auf die Postkartenaktion »Abrüstung schafft Sicherheit – INF-Vertrag erhalten!« reagiert, doch mehrere Gesprächsanfragen lehnte sie in der Folge ohne Begründung ab. Einen Anteil daran dürfte die Haushaltssperre in den USA gehabt haben: Während Präsident Trump vorschnell internationale Abrüstungsverträge kündigt, warten seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Berlin wochenlang auf ihren Lohn. Wir leben in denkwürdigen Zeiten.

Beginnt nun ein neues Wettrüsten? Schon sprechen erste Stimmen in der NATO von atomarer Nachrüstung. Die B 61-Atombomben in Deutschland werden aufgerüstet und neue Trägerflugzeuge für die Bundeswehr gesucht. Beratungen zur Fortsetzung des in zwei Jahren auslaufenden New-START-Abkommens über strategische Nuklearwaffen erscheinen in diesem Klima undenkbar – ein Traum für Kalte Krieger; ein Alptraum für die Menschen in Ost und West.



### Mutige Initiativen sind gefragt!

Und doch betonen alle Gesprächspartner an jenem 18. Januar 2019 in Berlin die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft – in bester Tradition von Michail Gorbatschow, der einst erklärte, erst der Austausch mit der Friedensbewegung habe ihm entscheidende Impulse für den INF-Vertrag gebracht. Heute muss das Ziel mutiger zivilgesellschaftlicher Initiativen sein, dass die Länder Europas sich mit einer Stimme gegen neue Nuklearwaffen aussprechen, die Atommächte wieder zu professionellen Gesprächen zurückkehren und am Ende – in hoffentlich nicht allzu weiter Ferne – ein völkerrechtliches Verbot aller Atomwaffen die fragilen bilateralen Abkommen ablöst.

#### Simon Bödecker

Mehr aktuelle Informationen zum Thema finden Sie unter [www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/atomwaffenverbot](http://www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/atomwaffenverbot).

»NEIN zur Kündigung des INF-Vertrages«: Klare Worte vor der US-Botschaft in Berlin  
Foto: Simon Bödecker

Foto: Ernst Rattinger

### »Pacemakers Nuclearban Tour« zur Europawahl 2019

Deutschlands schnellste Anti-Atomwaffen-Demonstration hat ab dem 23. Mai 2019 insgesamt 832 Kilometer vor sich. Auf ihrer viertägigen Rennrad-Tour machen die »Pacemakers« unter anderem Halt am Europaparlament in Straßburg, in Verdun, am EU-Verwaltungssitz Luxemburg und

vor dem Atomwaffenstützpunkt Büchel. Damit wollen sie vor der Gefahr eines neuen atomaren Wettrüstens warnen. Ohne Rüstung Leben unterstützt die Tour auch in diesem Jahr mit großer Freude als Trikotsponsor.

[www.pace-makers.de](http://www.pace-makers.de)



Liebe Leserin, lieber Leser,

die Länder der Europäischen Union schauen seit dem Zweiten Weltkrieg auf eine lange Periode friedlicher Koexistenz und Kooperation zurück. Gerne wird vom Friedensprojekt Europa gesprochen. Das ist gut so.

Aber es gibt auch eine andere Wahrheit. Rüstungsexporte aus Europa und Deutschland bedrohen weltweit die Zukunft vieler Menschen (Seite 7). Das deutsche Genehmigungsverfahren ist wenig transparent; regelmäßig

fehlen politische Begründungen für die genehmigten Exporte. Rüstungsgüter, die in anderen Staaten oder ihren Tochtergesellschaften hergestellt werden, unterliegen nicht immer den deutschen Ausfuhrregeln. Firmen wie Sig Sauer profitieren von weniger restriktiven Kontrollregimen (Seite 9).

Es besteht dringender Handlungsbedarf. Deutschland und Europa sollten ihrem selbstgesteckten Anspruch gerecht werden, wich-

tige Akteure für Frieden und Gerechtigkeit zu sein. Dazu braucht es zwingend eine gemeinsame, verbindliche Praxis zur ausnahmslosen Beendigung von Rüstungsexporten an kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten und eine deutliche Aufstockung der Mittel für gewaltfreie Konfliktbearbeitung und Friedensförderung (Seite 2).



Foto: Joachim E. Röttgers

*Prof. Dr. Wolfgang Herrmann*

Pfarrer Wolfgang Herrmann

7014

Zeitungs-  
bund Nr.

Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart  
PVSt, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt

Ist Ihre Anschrift ohne Fehler?  
Bitte senden Sie Änderungswünsche per E-Mail an: orl-info@gaia.de.  
Herzlichen Dank.

Impressum

Herausgeber  
Ohne Rüstung Leben  
Arndtstraße 31  
70197 Stuttgart  
Telefon 0711 608396  
Telefax 0711 608357  
E-Mail orl@gaia.de  
www.ohne-ruestung-leben.de

Verantwortliche Redakteurin  
Kerstin Deibert

Gestaltung  
Atelier Sternstein | manufactur m

Druck  
Druckhaus Stil, Stuttgart

Auflage: 15,500

Ausführliche Informationen zum Datenschutz bei Ohne Rüstung Leben erhalten Sie unter [www.ohne-ruestung-leben.de/datenschutz](http://www.ohne-ruestung-leben.de/datenschutz) oder bei unserer Geschäftsstelle.

Inhalt

1 | Titel

Europa, wie weiter?

2 | Aktion

Rettet das Friedensprojekt Europa!  
Aufruf an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments

3 | Hintergrund

»Die Mehrheit wünscht sich eine solidarische EU«  
Interview mit Oliver Knabe

5 | Aktion

Friedenspolitische Wahlprüfsteine zur Europawahl 2019

7 | kompakt

Rüstungsexportbericht 2018 der GKKE

9 | Aktuell

Kleinwaffenhersteller vor Gericht

10 | Hintergrund

Zurück an den Verhandlungstisch!  
INF-Vertrag: Nur nukleare Abrüstung schafft Sicherheit

Spendenkonto

Ohne Rüstung Leben  
IBAN DE96 5206  
0410 0000 4165 41  
BIC GENODEF1EK1  
Evangelische Bank

Onlinespende

[www.ohne-ruestung-leben.de/spenden](http://www.ohne-ruestung-leben.de/spenden)